

**NEWSLETTER VON DR. SASCHA RAABE**
AUSGABE 28 / 2013**Pressemitteilung vom 21. November 2013****Raabe setzt Kernforderungen durch****SPD-Abgeordneter zufrieden mit Verhandlungsergebnissen**

In Berlin hat die Arbeitsgruppe 1 „Außen, Verteidigung, Entwicklung und Menschenrechte“ in dieser Woche ihre Verhandlungsergebnisse für den möglichen Koalitionsvertrag von Union und SPD präsentiert. Höchst zufrieden äußerte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe, der für seine Partei den entwicklungspolitischen Teil verhandelt hat: „Wir konnten uns mit unseren Forderungen in allen zentralen Punkten durchsetzen. Das Papier trägt in der Frage der künftigen Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik ganz klar unsere sozialdemokratische Handschrift und entspricht fast eins zu eins unserem Wahlprogramm.“

Ihm sei es neben dem vordringlichen Kampf gegen Hunger und Armut ein besonderes Anliegen gewesen, so Raabe, dass sich die Entwicklungspolitik künftig stärker für einen fairen Welthandel und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern einsetze und dabei auch weltweit agierende Konzerne mehr in die Verantwortung nehme. „Schluss mit Hungerlöhnen, Kinderarbeit und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen überall auf der Welt gute wirtschaftliche Perspektiven haben und nicht ausgebeutet werden. Nur so können sie sich mit unserer Unterstützung aus eigener Kraft aus der Armut befreien“, findet der SPD-Mann. Es sei daher wichtig gewesen, den Einsatz der Bundesregierung für verbindliche menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards in allen Freihandelsabkommen der Europäischen Union im Koalitionsvertrag festzuschreiben.

In Zukunft soll zudem die Umsetzung des Rechts auf Nahrung wieder mehr in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit rücken. Deutschland soll sich dafür stärker als bisher in den ärmsten Ländern der Erde engagieren und die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Ländern wie z.B. Indien auf Themen wie etwa den Klima- und Umweltschutz konzentrieren. Raabe: „Von diesen Ländern, in denen es teils ein enormes Wirtschaftswachstum und eine große Finanzkraft gibt, werden wir mehr Eigenanstrengungen bei der Überwindung von Hunger und Armut, im Gesundheitsbereich und im Bildungswesen einfordern.“

Raabe hatte sich auch dafür eingesetzt, dass sich die deutsche Entwicklungspolitik künftig besser mit anderen Geberländern abstimmen müsse. „Ohne die enge Kooperation mit unseren Partnern und eine sinnvolle Arbeitsteilung über internationale Institutionen geht es nicht. Hier hatte die letzte Bundesregierung zu sehr die nationale Brille auf. Das haben wir jetzt geändert“, erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Offen sei nun noch die Finanzierungsfrage, die erst am Schluss geklärt werden könne. Während unter dem alten Minister Niebel der Entwicklungsetat gekürzt wurde, hatte die SPD in ihrem Wahlprogramm jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von je einer Milliarde Euro gefordert, damit Deutschland seinen internationalen Zusagen gerecht werden kann. Raabe: „Dafür werden wir in den nächsten Tagen noch kämpfen.“

**Dr. Sascha Raabe, MdB**

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Kontakt:**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

Abgleich des SPD-Regierungsprogramms mit dem Koalitionsvertrag, Stand 19.11.2013

Versprochen—Gehalten

SPD-Wahlprogramm	Koalitionsvertrag	
„Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet...“	„Wir verstehen Entwicklungspolitik auch als globale Strukturpolitik und wollen die Globalisierung nachhaltig und gerecht für alle Menschen gestalten.“	✓
„Ziele unsere Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.“	„Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, ...weltweit Hunger und Armut zu überwinden Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit, die Achtung und Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie die Bewahrung der Schöpfung. Wir fördern den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Unsere Entwicklungspolitik leistet Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützt die eigenen Entwicklungsanstrengungen der Regierungen und der Menschen vor Ort. ...Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter und ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik.“ „Wir setzen uns ein für den Schutz globaler öffentlicher Güter...“	✓
„Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ...“	„Wir wollen ein eigenständiges Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das seiner politischen Steuerungsfunktion gerecht werden kann.“	✓
„Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren...“	„Um noch nicht erreichte Millenniumsziele und die Überwindung von Hunger und Armut zu erreichen, werden wir künftig unsere Anstrengungen in den ärmsten Ländern stärken.“ „In fragilen Staaten wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen.“	✓
„Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum.“	„Wir streben für die Zeit nach 2015 Nachhaltigkeitsziele (SDG) an, die auf breitenwirksames, inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum ausgelegt sind.“	✓
„...Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert“ „Die EU-Handelsabkommen müssen an die Einhaltung und Überwachung der ILO-Kernarbeitsnormen gekoppelt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.“	„Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern. Wir setzen uns für verbindlich festgeschriebene, international anerkannte menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards wie der ILO-Kernarbeitsnormen ein. Wir setzen uns deshalb für die Aufnahme dieser Standards in allen Handelsabkommen der EU ein.“ „Bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen berücksichtigt werden, damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.“ (im Wirtschaftsteil) „Wir werden darauf dringen, dass transnationale Unternehmen soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards einhalten. Die ILO-Erklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik, die OECD-Leitsätze und die UN-Leitprinzipien über Wirtschaft und Menschenrechte stecken hierfür den Rahmen ab. Wir werden die UN-Leitprinzipien auf nationaler Ebene umsetzen.“ (im Menschenrechtsteil)	✓
„...Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung...“	„...fördern wir insbesondere die ländliche Entwicklung...“	✓
„...Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme...“	„Zur besseren Absicherung gegen Lebensrisiken wollen wir beim Aufbau grundlegender sozialer Sicherungssysteme helfen.“	✓
„...Gleichstellung von Männern und Frauen...“	„Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern...“	✓
„...gute Bildung...“	„Bildung ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.“	✓
„...Gesundheitsversorgung...“	„Gesundheit bildet die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Der Globale Fonds spielt hierbei eine wichtige Rolle, die sich in der Politik des Ministeriums widerspiegeln sollte.“	✓
„...Wir wollen Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.“	„...um einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung zu leisten. Unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln treten wir entgegen und wollen die Freiwilligen Leitlinien der FAO zur verantwortungsvollen Landnutzung umsetzen.“	✓
„...Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit...“	„...Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken...“	✓
„Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse...“	„...die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen.“	✓

Fortsetzung auf der nächsten Seite →

„Wir wollen uns beteiligen an der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu Zielen nachhaltiger Entwicklung...“	„Wir wollen eine aktive Rolle dabei spielen, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsziele zu universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen führt...“	✓
„...Zivilgesellschaft ein zentraler Partner...“	„Die Bundesregierung wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und die Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, politische und private Stiftungen und der Wirtschaft sowie von Kommunen stärken. Dies gilt bei uns hierzulande ebenso wie in den Partnerländern.“	✓
„Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen.“	„Wir wollen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit stärken.“	✓
„Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Entwicklungsländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt.“	„In der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft (PPP) unterstützen wir auf der Basis einer ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Entwicklungsländern, sofern dies einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung dient.“	✓
„Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.“	„Die EU-Rohstofftransparenz-Richtlinie werden wir zügig in deutsches Recht umsetzen. Die EU-Initiative zur Transparenz von Rohstoffen aus Konfliktregionen werden wir Ziel führend begleiten.“ (im Teil Außenwirtschaftspolitik und Rohstoffpartnerschaften)	✓
Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. ... Um das Ziel grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer.	Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Bundeshaushalts annähern. [Finanzierungsvorbehalt: Wir wollen Deutschland auf einen konkreten, realistischen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen und streben an, diese Zielmarke mittelfristig durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von zusätzlich je einer Milliarde Euro zu erreichen. Dafür wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente einschließlich neuer Formen zur Besteuerung der internationalen Finanzmärkte nutzen]. Deutschland wird für international gegebene Zusagen ein verlässlicher Partner in der Welt sein.	(✓)
„Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme...“	„...gehört auch der Aufbau funktionierender und gerechter Steuersysteme.“	✓
„Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.“	„Wo die Rahmenbedingungen wie eine effektive und transparente Kontrolle der Mittelverwendung sichergestellt sind, kann Budgethilfe ein Instrument zur Steigerung der Eigenverantwortung sein.“	✓
„Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.“	„Die bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss deren höhere Leistungsfähigkeit und gewachsene internationale Verantwortung berücksichtigen. Von den Schwellenländern muss die eigenverantwortliche Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit und Bildung für die eigene Bevölkerung eingefordert werden.“	✓
„Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken.“	„...werden wir die bilateralen und multilateralen Instrumente entsprechend ihrer komparativen Vorteile flexibel einsetzen, um den deutschen Beitrag möglichst effizient und wirksam zu gestalten.“ (damit entfällt die bisherige starre 1/3-Quote zugunsten bilateraler Projekte)	✓
„Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und um einen schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen.“	„Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie auf Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt richten. Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Folgen unterstützt werden.“	✓
„Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.“	„Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter und ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik.“ „Wir unterstützen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Post-Konfliktbewältigung.“ „Die bestehenden deutschen Institutionen der Friedensförderung und Friedensforschung wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung haben sich bewährt und sollen daher gestärkt werden.“	✓

Entwicklungspolitischer Teil der Koalitionsvereinbarung

Entwicklungspolitik

Grundlagen und Ziele für wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung

Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, auf der Grundlage unserer Werte und Interessen weltweit Hunger und Armut zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit, die Achtung und Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie die Bewahrung der Schöpfung. Wir fördern den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Unsere Entwicklungspolitik leistet Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützt die eigenen Entwicklungsanstrengungen der Regierungen und der Menschen vor Ort. Wir verstehen Entwicklungspolitik auch als globale Strukturpolitik und wollen die Globalisierung nachhaltig und gerecht für alle Menschen gestalten. Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter und ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik.

Wir richten uns an den Millenniumszielen und an deren Weiterentwicklung im Rahmen der Post-2015-Entwicklungsagenda aus.

Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung

Wir setzen uns ein für den Schutz globaler öffentlicher Güter und für gerechte Welthandelsbedingungen. Deshalb streben wir insbesondere einen entwicklungsorientierten Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen fairen Interessenausgleich mit den Entwicklungsländern an. Das muss auch für den weltweiten Agrarhandel gelten.

Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern. Wir setzen uns für verbindlich festgeschriebene, international anerkannte menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards wie der ILO-Kernarbeitsnormen ein. Wir setzen uns deshalb für die Aufnahme dieser Standards in allen Handelsabkommen der EU ein.

Wir streben für die Zeit nach 2015 Nachhaltigkeitsziele (SDG) an, die auf breitenwirksames, inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum ausgelegt sind. Wir wollen eine aktive Rolle dabei spielen, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsziele zu universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen führt.

Entwicklungspolitik soll prominent auf den Tagesordnungen der G8- und G20-Gipfel behandelt werden. Wir werden dafür sorgen, dass entwicklungspolitische Gipfel-Zusagen in Zukunft schneller umgesetzt werden können.

Europäische und internationale Entwicklungspolitik und –zusammenarbeit

Wir wollen ein eigenständiges Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das seiner politischen Steuerungsfunktion gerecht werden kann. Die Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir im Sinne des Effizienzgedankens weiter verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen GIZ und KfW soll intensiviert werden. Die entwicklungsorientierte ressortübergreifende Zusammenarbeit wollen wir verbessern.

Wir wollen die bilaterale und die europäische Entwicklungspolitik besser aufeinander abstimmen, auch um die europäische Sichtbarkeit in der internationalen Entwicklungspolitik weiter zu erhöhen und die internationale entwicklungspolitische Agenda mitzuprägen. Dieses Ziel verfolgen wir auch durch einen höheren deutschen Personalanteil in den internationalen Organisationen.

Unsere Beiträge an multilaterale Entwicklungsorganisationen richten wir an deren Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit aus, die wir bewerten wollen. In diesem Sinne werden wir die bilateralen und multilateralen Instrumente entsprechend ihrer komparativen Vorteile flexibel einsetzen, um den deutschen Beitrag möglichst effizient und wirksam zu gestalten.

Wo die Rahmenbedingungen wie eine effektive und transparente Kontrolle der Mittelverwendung sichergestellt sind, kann Budgethilfe ein Instrument zur Steigerung der Eigenverantwortung sein.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-
 Bundestagsfraktion
 für wirtschaftliche
 Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
 11011 Berlin
 Tel: (030) 227 - 73334
 Fax: (030) 227 - 76376
 Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
 63450 Hanau
 Tel: (06181) 24098
 Fax: (06181) 259756



Nachhaltige Finanzierung

Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Bundeshaushalts annähern. [Finanzierungsvorbehalt: Wir wollen Deutschland auf einen konkreten, realistischen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen und streben an, diese Zielmarke mittelfristig durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von zusätzlich je einer Milliarde Euro zu erreichen. Dafür wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente einschließlich neuer Formen zur Besteuerung der internationalen Finanzmärkte nutzen]. Deutschland wird für international gegebene Zusagen ein verlässlicher Partner in der Welt sein.

Wir werden mit internationalen Partnern und mit wissenschaftlicher Unterstützung Vorschläge für eine Weiterentwicklung des ODA-Konzepts entwickeln. Wir wollen eine zweckentsprechende Verwendung der ODA-Mittel sicherstellen.

Wir stehen zu den in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen. Die damit verbundenen Ausgaben sollen in fairer Weise zwischen den Ressorts verteilt werden.

Thematische Schwerpunkte

Im Rahmen der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Entwicklungszusammenarbeit fördern wir insbesondere die ländliche Entwicklung, um einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung zu leisten. Unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln treten wir entgegen und wollen die Freiwilligen Leitlinien der FAO zur verantwortungsvollen Landnutzung umsetzen.

Gesundheit bildet die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Der Globale Fonds spielt hierbei eine wichtige Rolle, die sich in der Politik des Ministeriums widerspiegeln sollte. Zur besseren Absicherung gegen Lebensrisiken wollen wir beim Aufbau grundlegender sozialer Sicherungssysteme helfen. Dazu gehört auch der Aufbau funktionierender und gerechter Steuersysteme.

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen. Fragen des Weltbevölkerungswachstums wollen wir mehr Aufmerksamkeit schenken.

Bildung ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen soll in der Entwicklungszusammenarbeit stärker verankert und systematischer ausgestaltet werden.

Ein Fokus soll auch auf die entwicklungsorientierte Nutzung Neuer Medien durch die Menschen in Entwicklungsländern gelegt werden.

Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie auf Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt richten. Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Folgen unterstützt werden.

Wir unterstützen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Post-Konfliktbewältigung.

Regionale Schwerpunkte

Um noch nicht erreichte Millenniumsziele und die Überwindung von Hunger und Armut zu erreichen, werden wir künftig unsere Anstrengungen in den ärmsten Ländern stärken.

In fragilen Staaten wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen das Regierungshandeln systematisch im Widerspruch zu unseren Werten steht, soll nur erfolgen, wenn unsere Unterstützungsmaßnahmen zu Veränderung beitragen können, wenn dies aus humanitären Gründen geboten ist oder wenn es Frieden und Sicherheit dient.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Die bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss deren höhere Leistungsfähigkeit und gewachsene internationale Verantwortung berücksichtigen. Von den Schwellenländern muss die eigenverantwortliche Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit und Bildung für die eigene Bevölkerung eingefordert werden. Wir konzentrieren uns auf den Schutz globaler öffentlicher Güter, die Suche nach rohstoffschonenden nachhaltigen Entwicklungspfaden sowie fallweise auch auf Dreieckskooperationen zugunsten armer Entwicklungsländer. Die Förderung der Zivilgesellschaft in diesen Ländern sowie der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit ist besonders wichtig.

Unsere Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Transformationsprozesse im südlichen und östlichen Mittelmeerraum sowie in den Mitgliedstaaten der Östlichen Partnerschaft. Diese Regionen müssen neben Subsahara-Afrika ein besonderer Schwerpunkt unserer Entwicklungspolitik sein.

Kooperationspartner

Die Bundesregierung wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und die Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, politischen und privaten Stiftungen und der Wirtschaft sowie von Kommunen stärken. Dies gilt bei uns hierzulande ebenso wie in den Partnerländern. Intensive Kooperationen wie Kammer- und Verbandpartnerschaften sowie Berufsbildungspartnerschaften sollen weiter gestärkt werden. Wir wollen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit stärken und den fairen Handel unterstützen.

In der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft (PPP) unterstützen wir auf der Basis einer ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Entwicklungsländern, sofern dies einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung dient.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

